

# Der FUNKKE

## TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung. Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit. Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: F 7 Jannowitz 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 257 B

BERLIN • Dienstag, den 1. November 1932

1. JAHRGANG

# Eine halbe Stunde Einheitsfront gegen Nazi-Terror.

## Zu den amerikanischen Präsidentenwahlen.

Von Herbert Reinemann.

Am 8. November findet in den Vereinigten Staaten die Wahl des Präsidenten statt. Vermutlich wird diesmal die Republikanische Partei geschlagen werden. Ihre Kandidaten haben seit den neunziger Jahren fast immer gesiegt (ausgenommen die zwei Amtsperioden des Präsidenten Wilson, 1913—20). Aber es kommt in Amerika oft vor, daß in einer Krise die jeweils bisher im Amt gewesene Partei besiegt wird.

Als Barometer gilt in solchen Fällen der Staat Maine. Denn dort findet diejenige Wahl, in der gewisse staatliche und kommunale Ämter besetzt und die Vertreter zum Bundes-Kongreß gewählt werden, früher statt als die Wahl des Präsidenten; in fast allen andern Staaten liegen alle diese Wahlen einheitlich am ersten Dienstag nach dem ersten Montag im November. In den Wahlen von Maine haben dieses Jahr die Demokraten gesiegt. Dabei war Maine bisher eine Hochburg der Republikaner; diese siegten dort in jeder Wahl seit dem Sezessionskrieg (1861—65).

Es ist also mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, daß der demokratische Kandidat, Franklin D. Roosevelt, der derzeitige Gouverneur des Staates New York, siegen wird. Der republikanische Kandidat ist der bisherige Präsident Herbert Hoover.

Aber welcher von diesen Beiden auch gewählt werden wird — das wird für die Entwicklung in den Vereinigten Staaten und für die internationale Lage wenig Unterschied machen. Die beiden großen bürgerlichen Parteien unterscheiden sich etwa wie der rechte und linke Flügel der „verstorbenen“ Deutschen Volkspartei. Von Interesse ist für uns vielmehr, wie die beiden Arbeiterparteien abschneiden werden: die Sozialdemokratische und die Kommunistische Partei.

Außer diesen vier Parteien werden noch sechs kleinere Parteien das Wahlergebnis mitmachen. Aber sie sind sämtlich nur lokale Splitterparteien. Das gilt auch für die „Arbeitslosenpartei“ des katholischen Pfarrers Cox in Pittsburg, der Hauptstadt des amerikanischen „Ruhrreviers“. Cox hat am 5. Januar 1932 einen Zug Arbeitsloser aus dem benachbarten Harrisburg nach der Bundeshauptstadt Washington geführt und sich auch sonst im dortigen Stahldistrikt durch Wohltätigkeitspflege unter den Arbeitslosen einen Namen verschafft.

## Die Hemmungen des Sozialismus in der USA.

Um das kommende Wahlergebnis zu beurteilen, muß man bedenken, daß die Sozialistische Partei die verhältnismäßig höchste Stimmenzahl 1912 erzielte: nämlich 902 000. Die Zahl der sozialistischen Stimmen sank 1916 auf 590 000 und stieg in der Wahl von 1920 nur auf 902 000, obwohl inzwischen das Frauenwahlrecht eingeführt worden war. Die Kommunistische Partei hat bisher nur zwei Präsidentenwahlen mitgemacht (1924 und 1928). Die für ihren Kandidaten abgegebenen Stimmen blieben beide Male unter 50 000.

Für europäische Verhältnisse sind derartige Wahlergebnisse aus einem Land mit einer Bevölkerung von 110 Millionen sehr klein. Diese Sachlage hat verschiedene Ursachen.

Zunächst ist bereits die Sozialistische Partei in den USA „radikaler“ als ihre sozialdemokratischen Vorbilder in Europa. Während des Krieges traten ihre Mitglieder gegen den Krieg auf. (Das erklärt den vorhin erwähnten Stimmenrückgang in der Wahl von 1916.) Als kurz nach dem Krieg fünf Sozialisten in das Parlament des Staates New York ordnungsgemäß gewählt wurden, warf die Polizei sie aus dem Parlament heraus. In dem großen Textilstreik von Passaic arbeitete Norman Thomas, der sozialistische Präsidentschaftskandidat, mit dem kommunistischen Studenten Weisbord, dem Führer des Streiks, zusammen.

Entscheidend aber ist die ablehnende Haltung der Gewerkschaften gegenüber der Sozialistischen Partei. Diese Haltung gibt nicht die Stimmung der Arbeiter wieder, sondern der Gewerkschaftsbürokratie. Sie hat sogar Abstimmungsergebnisse einzelner Gewerkschaften zu Gunsten einer sozialistischen Partei einfach ignoriert.

Die Bürokratie der „American Federation of Labor“

## 11 Schwer- und 40 Leichtverletzte.



C. B. Ein Trupp von etwa 150 Nazis zog Sonntag vormittag geschlossen in das Hamburger Arbeiterviertel Hammerbrook ein. Laute Kommandorufe; hier und da werden gegenereiche Wahlplakate abgerissen. Als der Nazitrupp in die Wendenstraße einbiegt ertönen Flötensignale der Arbeiter; Arbeiterkurieren spritzen in die Nachbarstraßen. Bevor die Nazis die nächste Straßenecke erreichen, stehen 100 bis 200 Arbeiter in den Höfen und Hauseingängen. Antifa- und „Reichsbanner“-Genossen.

Die Nazis werden nervös, machen eine Strebke Laufschrift, fangen plötzlich an zu schießen. 10 bis 20 Pistolenschüsse fallen zum Teil in die Luft ge-

## Der Hamburger Arbeitermord.

Hbg. Am Sonnabendnachmittag überklebten drei „Reichsbanner“-Leute ein Nazi-Plakat, das von einem Balkon gegenüber einem „Reichsbanner“-Lokal herabhing. Einige Nazis, die das sahen, stürzten auf die Straße. Da kam aus einer benachbarten Terrasse der Nazi Asmus hinzu

und erschoss ohne weiteres den „Reichsbanner“-Mann Suxdorf, der beim Knieen geholfen hatte.

Asmus flüchtete in seine Wohnung. Sofort sammelten sich empörte Arbeiter. Nur mit Mühe konnte die Polizei den Mörder in seiner Wohnung und nachher im Polizeiauto vor der erregten Menge schützen.

Da Asmus 22 Jahre alt ist, fällt der Mord unter die Todesstrafe-Bestimmungen der Notverordnung.

Nach den bisherigen Feststellungen hat der Wahlkampf am Sonntag in Hamburg elf Schwer- und über 40 Leichtverletzte gefordert.

richtet, zum Teil gegen die waffenlosen Arbeiter. Drei Arbeiter erhalten Verletzungen. Die Empörungswelle trägt die Arbeiter vor, aber ihre Zahl reicht nicht aus, die Nazis zu überrennen. Ein Polizeiflitzer saust heran. Die Polizei sperrt Nazis und Arbeiter von einander ab. Bevor die Polizei die Nazis in eine Postenkette eingeschlossen hat, saust ein Be-

## Politische Justiz der Woche.

In der vergangenen Woche (23. bis 29. Oktober) sind uns insgesamt folgende Strafen wegen politischer Vergehen bekanntgeworden:

Gegen politisch Linksstehende: 150 Jahre Freiheitsstrafen, davon 128 Jahre 8 Monate Zuchthaus; gegen Nationalsozialisten: 20 Jahre Freiheitsstrafen; davon 3 1/2 Jahre Zuchthaus.

Unter den Strafen gegen links sind 12 Jahre 2 Monate Zuchthaus, mit denen ein Kommunist wegen Erschießung eines Polizeibeamten (vor Geltung der Terror-Notverordnung) bestraft wurde. Bei den übrigen Vergehen handelt es sich nicht um Tötungen.

(Weitere Berichte darüber im Inneren des Blattes.)

befolgt auch heute noch die alte Wahlparole: „Reward your friends and punish your enemies.“ (Belohne Deine Freunde und bestrafe Deine Feinde!) Das heißt: wer von den republikanischen und demokratischen Kandidaten in den jeweiligen Wahlbezirken am meisten zu Gunsten der Arbeiterschaft in der Wahlagitiation verspricht, dem sollen die dortigen Arbeiter ihre Stimmen abgeben.

Teils kommt dies daher, daß der Aufbau einer „dritten Partei“ in den USA nicht populär ist. Alle derartigen Gründungen sind verschwunden oder zu Splitterparteien herab-

## AUS DEM INHALT:

- Preußen-Drama in fünf Akten.
- Wie steht es um die Reichsfinanzen?
- 6 Arbeiterleben für zehn Jahre vernichtet.
- Arbeiterelend in China.
- Die lebensmüde Abrüstungskonferenz.
- Ein eingeschleppter Wirtschaftssachverständiger.

gleitauto der Nazis davon. Bringt es die Schusswaffen fort? Einige Pistolen fliegen in den nahen Kanal.

Die Zahl der Arbeiter ist inzwischen auf fast 100 angewachsen. Alle kochen vor Wut, wollen die Arbeitermörder zur Rechenschaft ziehen. Das ist jedoch aussichtslos, denn die Polizei ist auch verstärkt, und der Posten im Flitzer hält sein Gewehr auf die Arbeiter gerichtet. Bei den „Reichsbanner“-Leuten starke Empörung gegen die Polizei.

Die Nazis werden nach Waffen durchsucht; einige, die von den Angeschossenen als die Schützen bezeichnet werden, kommen ins Polizeiauto. Der Nazizug zieht mit Polizeibegleitung ab.

Die gemeinsame Erregung hält die Arbeiter noch zusammen. Sie sehen nicht auf die Parteiabzeichen. Sie sind sich in ihren Forderungen einig:

„Was haben die Mörder hier im Hammerbrook zu suchen!“

„Wir brauchen keine Polizei, die die Nazis schützt!“

Was ich zu meinen Nachbarn über die Notwendigkeit der Einheitsfront der Arbeiterschaft sage, findet starke Zustimmung der Zuhörer, denn noch ist das Erlebnis der Solidarität im Bewußtsein: „Das wagen sie nur, weil wir nicht einig sind!“

Aber schon setzt die Gegenpropaganda ein:

„Da seht ihr: das ist die sozialdemokratische Polizei!“

Und morgen? Morgen lesen die einen wieder das „Hamburger Echo“ (SP), die anderen die „Hamburger Volkszeitung“ (KP). Dann wird die Einheitsfront wieder durch die sabotierenden Redakteure hinausgezögert!

## Der Anstieg der Terrorkurve unter der „Ruhe und Ordnung“-Regierung.

Dem Informationsdienst der „Roten Hilfe“ entnehmen wir eine Statistik der

nationalsozialistischen Ueberfälle,

die deutlich den Anstieg des Naziterrors erkennen läßt.

Vom 1. 9.—6. 9.	2 Ueberfälle mit 3 Verletzten,
vom 6. 9.—13. 9.	12 Ueberfälle mit 35 Verletzten,
vom 13. 9.—20. 9.	27 Ueberfälle mit 32 Verletzten,
vom 20. 9.—29. 9.	38 Ueberfälle mit 78 Verletzten,
vom 29. 9.—7. 10.	43 Ueberfälle mit 90 Verletzten,
vom 7. 10.—14. 10.	60 Ueberfälle mit 64 Verletzten,
vom 14. 10.—24. 10.	66 Ueberfälle mit 83 Verletzten.

Dieser Anstieg ist kein Wunder bei der von uns fortlaufend gezeigten Praxis der Sondergerichte!

gesunken, ausgenommen die Sozialistische und die Kommunistische Partei. Teils sind aber die Gewerkschaftsbürokraten mit den „Apparaten“ der Republikanischen und Demokratischen Partei verfilzt.

Während in Deutschland die Gewerkschaften lebendiger sind als die SPD, ist es in den USA umgekehrt. Dort wirkt die SP noch immer wie ein Pionier.

Der Gedanke, daß die Abgabe einer Stimme für eine „dritte Partei“ eine verlorene Stimme ist, und daß es besser sei, sich für Republikaner oder Demokraten zu entscheiden,

ohne sich um den Aufbau einer neuen Partei zu bemühen, — dieser Gedanke beherrscht auch die Farmer. So kommt es, daß — bei den Wahlen zum Kongreß — die von ihnen gewählten „radikalen“ Abgeordneten als Kandidaten einer der beiden bürgerlichen Parteien, gewöhnlich als Republikaner, gewählt werden.

Diese Republikaner heißen „Insurgenten“. Im Kongreß stimmen sie oft nicht mit ihren Parteigenossen. Aber das wird von der Partei nicht als Disziplinbruch geahndet. Zwar machen diese Insurgenten ihrer Partei gelegentlich zu schaffen. Aber das ist immer noch besser für die herrschenden Parteien, als wenn der betreffende Kandidat mit seiner Wählerschaft zur Sozialistischen Partei überginge. — Und der betreffende Parlamentarier bleibt lieber bei der großen Partei, weil er andernfalls nicht sicher wäre, wieder gewählt zu werden.

## Herriots Plan hat bisher noch keine Feinde.

H. M. Herriot habe mit seinem Plan, den er am Freitag vor der französischen Kammer entwickelt hat, „den Stier (das ist das Abrüstungsproblem) bei den Hörnern gepackt“ und die wohlwollende abwartende Haltung der deutschen Regierung sei „richtig und klug“. So urteilt die deutsche liberale Presse über die neuen französischen Vorschläge. Und auch die Rechtspresse schrieb am Sonnabendabend und Sonntag nicht mehr über die „unverschämte Rede Herriots“, wie sie es — gewohnheitsgemäß — in ihren ersten Meldungen tat.

In einer offiziellen Erklärung stellt die deutsche Reichsregierung fest, daß die Rede Herriots deshalb interessant sei, weil zum ersten Male ein französischer Ministerpräsident den Standpunkt verlassen habe, daß der Versailler Vertrag unantastbar sei, und daß vor allem sein Teil 5 unter allen Umständen unberührt bleiben müsse. Der Plan berücksichtigt die Bedürfnisse und Gesichtspunkte anderer Länder in höherem Maße, als dies französische Pläne getan haben.

Auch außerhalb Deutschlands sind bisher noch keine Stimmen laut geworden, die dem französischen Plan feindlich gegenüber stehen. Der „Populaire“ behält sich seine endgültige Stellungnahme vor, bis der gesamte Plan bekannt ist, den er aber ganz wohlwollend erwägt. Es ist erstaunlich, wie freundlich die Worte sind, die selbst reaktionäre französische Zeitungen — darunter das „Echo de Paris“ — für Herriot finden. Offiziösen Mitteilungen zufolge ist die amerikanische Regierung bereit, Frankreich die von Herriot geforderten

Zu dieser Psychologie der Wähler kommt, daß zwischen der Republikanischen und Demokratischen Partei, wie erwähnt, wenig Unterschied besteht. Die meisten Wähler wählen die eine oder andere Partei aus Tradition oder aus geschäftlichen Rücksichten, bis sie in einer Krise grobenteils zu der jeweils nicht im Amt gewesenen Partei schwenken. Die große Masse der Amerikaner ist also einen Wahlkampf, in dem sich prinzipielle Gegner gegenüberstehen, seit dem Sezessionskrieg (1861—65) zur Abschaffung der Sklaverei in den Südstaaten, überhaupt nicht gewohnt. (Bis dahin waren die Republikaner gegen Sklaverei und für Hochschutzzoll, die Demokraten für Sklaverei und gegen Hochschutzzoll. Diese Gegensätze sind inzwischen in Wegfall gekommen.)

Diese außergewöhnliche politische Verflachung muß man sich ausmalen, um das Wahlergebnis am 8. November richtig einzuschätzen.

Sicherheiten zu geben, z. B. die Garantie für die deutsch-französische Grenze. Als Gegenleistung würden die Vereinigten Staaten jedoch eine wesentliche Abrüstung verlangen, die sich vor allem auf das stehende Heer, die schwere Artillerie und Tanks erstreckt. Andere Meldungen besagen, daß die Regierung nicht gewillt ist, amerikanische Truppen in Europa einzusetzen.

Herriot sprach am Sonntag in Poitiers, u. a. auch über die Abrüstungsfrage. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß der französische Plan mindestens der Mittelpunkt für einen Zusammenschluß aller mutigen und gutwilligen Geister werde. — Herriot ist dann nach Madrid abgereist, wo er Montag mittag eingetroffen ist.

## Ein vielsagender Fehler

ist der Telegraphen-Union bei der Uebersetzung von Herriots Kammerrede unterlaufen. Bei ihr steht unter Punkt 6 des französischen Sicherheitsplanes: „Das Kriegsrecht muß obligatorisch für alle Staaten sein, die dem Pakt beitreten.“ Es sollte wohl heißen, wie Herriot auch gesagt hat, daß das Schiedsrecht obligatorisch sein soll!

## Aufhebung des französischen Syrien-Mandats?

In französischen Blättern ist davon die Rede, daß das französische Mandat über Syrien durch einen Vertrag zwischen französischen und der syrischen Regierung ersetzt werden wird, der etwa dem Vertrag zwischen England und dem kürzlich mündig erklärten Irak entspricht.

## Die lebensmüde Abrüstungskonferenz.

„Der französische Abrüstungsplan“ wird voraussichtlich erst kurz vor dem 21. November — an dem die Tagung des Hauptausschusses der Abrüstungskonferenz stattfindet — in Genf beraten werden, damit den Delegationen Zeit zu seiner Prüfung gegeben wird. Vielleicht gelingt es Herriot, der Abrüstungskonferenz durch diesen Plan frisches Leben einzuflößen. Die soeben veröffentlichten Berichte effizienter Ausschüsse muten noch sehr unfruchtbar an.

## In dem Bericht über Kontrollfragen

empfiehlt der belgische Berichterstatter Bourquin die Einsetzung eines ständigen Abrüstungsausschusses, der Kontrollkommissionen einzusetzen ermächtigt ist, welche an Ort und Stelle Untersuchungen vornehmen können, wenn ein Staat ein Abrüstungsabkommen gebrochen hat. „Praktische Entschlüsse in der Richtung wirksamer Kontrollmaßnahmen“ überläßt Bourquin dem Büro der Abrüstungskonferenz!

Viel mehr Neues ist auch Pilotti nicht eingefallen, dem italienischen Berichterstatter über die

## Abschaffung des chemischen und bakteriologischen Krieges.

Er schlägt vor, die Anwendung, Herstellung und Ausfuhr chemischer und bakteriologischer Waffen zu verbieten. Im Falle der Anwendung sollen die ausländischen diplomatischen Vertreter dem Abrüstungsausschuß einen Bericht darüber unterbreiten, dann sollen Erwägungen (!) von Gegenmaßnahmen folgen, u. s. w.

Der Bericht über die Frage, in wie weit

## Polizeitruppen zum Militärbestand

zu zählen seien, rechnet hierzu solche Formationen, die über „Kollektivwaffen“ wie Maschinengewehre verfügen, eine militärische Ausbildung erhalten haben, die außerhalb des Unterriebs in gymnastischen Übungen und der Unterweisung im Gebrauch von Handwaffen liege, kaserniert sind, eine Ausbildung zu Hundertschaften erhalten haben, militärisch organisiert sind oder vor ihrer Einstellung in den Polizeidienst eine militärische Ausbildung erhalten haben.

Zu solchen Truppen gehört auch die deutsche Schutzpolizei.

## Wieder Koalitionsregierung in der Tschechoslowakei.

Da die Sozialdemokraten und Agrarier sich über die Kürzung der Beamtengehälter nicht einigen konnten, drohte Präsident Masarik mit einer „Beamtenregierung“, d. h. einer Regierung, die unabhängig vom Parlament regieren sollte. Um das parlamentarische System zu retten, haben daraufhin sowohl die deutschen, als auch die tschechischen Sozialdemokraten einer Senkung der Beamtengehälter von mehr als 1150 Mark monatlich zugestimmt.

Die neue Regierung ist bereits am Sonntag vereidigt worden. Ministerpräsident ist Malypetr, Innenminister der Agrarier Ceray, Böhmesch bleibt weiter Außenminister. In der Regierung sind 4 Sozialdemokraten, 3 Agrarier, 2 Katholiken. Die übrigen Minister gehören anderen bürgerlichen Parteien an.

## Rundfunksendungen

### zur Feier der russischen Revolution.

Am 5. November beginnen im russischen Rundfunk die Sonderveranstaltungen zur Feier des 15. Jahrestages der russischen Revolution. Mehrere der Reden sollen ins Ausland übertragen werden.

Stalin wird viermal im Rundfunk reden.

Am 7. November hält Wjroschilow eine Ansprache an die Rote Armee. Dann wird jeder Regimentskommandeur durch Mikrophon dem Kriegskommissar Bericht erstatten. Auch diese Berichte werden durch Radio in der ganzen Sowjet-Union verbreitet.

## Krieg und Bürgerkrieg im Fernen Osten.

Bei Sansin, am Sungari-Fluß, fanden schwere Kämpfe zwischen chinesischen und japanischen Truppen statt, bei denen 220 Chinesen getötet sein sollen.

In der Provinz Fukien, in der kürzlich von einem Vormarsch der Roten Armee die Rede war, ist die Regierung auf Beschluß der Kantoner Regierung hin abgesetzt worden. Die Gewalt ist in den Händen der 19. chinesischen Armee.

In der Provinz Kinangsu gab es in jüngster Zeit häufig Bauernrevolten als Protest gegen die Steuererhöhungen. In Jangtschou steckten die Bauern das Finanzamt in Brand und töteten mehrere Beamte. Ueber die Stadt wurde der Belagerungszustand erklärt.

## Vertrag über türkisch-syrischen Besitz.

Der türkische Außenminister und der dortige französische Botschafter haben einen Vorvertrag unterzeichnet, der die Streitfrage des syrischen Besitzes auf türkischem und des türkischen Besitzes auf syrischem Boden endgültig regelt.

## Wieder Schlägereien in London.

Am Sonntag veranstalteten die Erwerbslosen in London eine Kundgebung, bei der auch die Teilnehmer am Hungermarsch anwesend waren. Es kam wieder zu mehreren Zwischenfällen mit der Polizei. Insgesamt wurden 30 Personen verletzt.

## Der Kommunismus entspricht nicht dem japanischen Geist!

In einem Massenprozeß in Tokio wurden 189 Kommunisten zu insgesamt 300 Jahren Gefängnis verurteilt. In der Urteilsbegründung heißt es, die Kommunisten wollten die japanische Armee zersetzen. Die kommunistischen Ideale entsprächen aber auch nicht dem Geist des japanischen Volkes.

Aus ähnlichen Gründen und weil sie angeblich in Yokohama einen Straßenbahnstreik organisieren wollten, wurden weitere 30 japanische Kommunisten verhaftet.

## 100 Soldaten im Chaco verdurstet.

Im Gran-Chaco-Gebiet haben paraguayische Truppen 100 Leichen bolivianischer Soldaten gefunden, die sich im Dschungel verirrt haben und verdurstet sind.

Einen schwerwiegenden Protest hat der litauische Gesandte in Berlin an das deutsche Außenministerium gerichtet, weil am 16. Oktober das Schild des litauischen Konsulats in Tilsit beschmutzt worden sein soll! Die deutschen Behörden haben über den Fall Ermittlungen eingeleitet.

Die dänischen Folketing-Wahlen finden am 16. November statt.

In Nicaragua wurden bei einer Schlacht zwischen Aufständischen und Regierungstruppen 62 Personen getötet.

In Mexiko fanden heftige Kämpfe zwischen Regierungstruppen und Aufständischen oder — den Berichten zufolge — Räubern — statt, bei denen 19 Personen getötet wurden.

## Ein eingeschleppter Wirtschafts-Sachverständiger.

### Noch immer das alte, nicht das „andere“ Deutschland.

W—er. Wir hatten vor einiger Zeit in ausführlicher Weise eine Broschüre besprochen, die der Verlag: „Das Andere Deutschland“, herausgegeben hat: „Deutschland“. Wir sagten damals:

„Der Verlag „Das Andere Deutschland“ (Berlin W 57, Bülowstr. 105) hat eine verdienstvolle und tapfere Broschüre: „Deutschland“ herausgegeben. Zwar haben wir gegen den wirtschaftlichen Teil dieser Broschüre, wie wir im Wirtschaftsteil dieser Nummer zeigen, begründete Bedenken. Dennoch halten wir ihre Herausgabe für gut. Erfüllt der Verlag doch damit die Aufgabe, die heute dringlicher ist denn je: Vergessenes ins Gedächtnis zurückzurufen und an Hand dessen die Vergangenheit zu analysieren, um schließlich zu zeigen, daß der Kampf um diese Republik völlig sinnlos ist. Wertvoll ist das Heftchen besonders wegen des Beweises, daß nicht etwa der Faschismus groß geworden ist, weil die Arbeiterparteien es an nationaler Politik fehlen ließen, sondern vielmehr, weil sie auf den nationalen Schwindel der anderen Parteien hereinfielen.“

Daran schloß sich ein Referat über den politischen Teil. Die Kritik des ökonomischen Inhalts begann so:

„Nur mit starken inneren Hemmungen nehmen wir hier kritisch Stellung zu den ökonomischen Teilen der „Deutschland“-Broschüre, die soeben vom Verlag der verdienstvollen Wochenzeitung „Das Andere Deutschland“ herausgegeben wird.“

Soweit die Broschüre sich gegen den Militarismus richtet, wie er bis in die Reihen der SPD und KPD dringlich ist, stimmen wir ihrem Inhalt völlig zu. Gerade deshalb bedauern wir es um so mehr, daß der erste, ökonomische Teil der — laut Vorwort des Verlages — von „besten Sachkennern geschriebenen Broschüre“ von Fehlern geradezu strotzt. Diesen Sachkennern des uns befreundeten Verlages, mit dessen tapferem Kampf gegen den Militarismus wir uns eng verbunden fühlen, sind — aus Solidarität — die folgenden Zeilen in erster Linie gewidmet.“

Daran schloß sich eine Aufzählung der verschiedensten Fehler innerhalb der erwähnten Broschüre. Auf diesen Hinweis reagiert der wirtschaftliche Bearbeiter Heinrich

Ströbel nicht mit einer Widerlegung der von uns erhobenen Einwände, auch nicht mit einer Anerkennung ihrer Berechtigung, sondern so:

„Statt den Kampf gegen Nationalismus und Geldsackherrschaft selbst klar und wirksam zu organisieren und den nach Erkenntnis und ehrlicher Führung leuchtenden Massen konkrete Ziele der einzelnen Kampfphasen zu zeigen, verfiel man häufig dem hohlsten Phrasenradikalismus und dem überblenden Spintisieren.“

Ein Musterbeispiel dafür ist eine Polemik der Tageszeitung „Der Funke“, die sich gegen den Wirtschaftsteil der „Deutschland“-Broschüre richtet, deren antimilitaristischem Teil sie gnädigst ihren Beifall spendet.

Man sollte meinen, daß diese Broschüre ... von jedem Sozialisten und Antimilitaristen mit freudigstem Dank begrüßt werden sollte. Selbst wenn sie mancherlei Lücken und vermeintliche Übertreibungen enthalten hätte.

Aber nein: sobald jemand aus den Wolkenhöhen grauer Theorie auf das Blachfeld des wirklichen Kampfes herabsteigt und die Gegner von Fleisch und Blut an der Kehle zu packen wagt, empfinden das die wahren Hüter der „Theorie“ und des „echten Sozialismus“ als Veründigung im Geiste des Sozialismus und des Klassenkampfes. Und statt eine nützliche Kampfschrift verbreiten zu helfen, beginnt man pedantisch zu schulmeistern.

Genug von solcher Flohknackerei und Rabulistik. Aber wir müßten dieses Beispiel erwähnen, um den traurigen Ungeist des „revolutionären“ Sektierertums zu kennzeichnen, der jede wirkliche Einheitsfront und jede ehrliche Kampfgemeinschaft unmöglich macht. Diese Sektenhäuptlein und Alleinwieser empfinden es geradezu als Kränkung ihrer Unfehlbarkeit, wenn andere einmal eine wirksame und zeitgemäße Broschüre zu schreiben wagen.“

Wieso Ströbel seine „Arbeit als wirklichen Kampf“ bezeichnet im Gegensatz zu dem des „Funken“, bleibt sein Geheimnis. Und wo er den Kampf „gegen Nationalismus und Geldsackherrschaft selbst klar und wirksam“ organisiert hätte, wirkamer als der ISK, bleibt auch sein Geheimnis. Dies wäre noch eine Frage, auf die man Ströbel bitten könnte, zu antworten. Was er zu unserer Kritik im übrigen sagt, bitten wir unsere Leser selber zu beurteilen. Wir hängen es zu diesem Zweck hier tiefer!

## „Waldmensch.“

### Ein Russentilm von Alex Lilwinow.

„Kamera“ (Berlin).

Hinter diesem Titel versteckt sich keine wildromantische Affengeschichte à la Tarzan. Zwar wuchert die Wildnis des Urwaldes, zwar erleben wir die barbarische Romantik eines primitiven Volkstammes. Aber dies alles ist keine Ueberstrumpfpoesie, sondern das Filmdokument eines ausstarbenden Volkes aus den ostsibirischen Wäldern.

Nordwestlich von Wladiwostok haust dieser Mongolenstamm der Udeche, etwa 1200 an der Zahl, von denen 600 noch fast völlig unberührt von Zivilisation und Sowjets leben.

In epischer Breite (manchmal auf Kosten der Lebendigkeit) rollt das Leben dieses primitiven Jägervolkes ab. Die Jagd nach Fleisch und Pelztieren bestimmt den Tageslauf: Strenges Arbeitsteilung herrscht. Die Frauen bessern Gerichte aus und bereiten das Essen vor. Erst wenn die Männer gegessen haben, dürfen auch sie die Mahlzeit einnehmen. Der Höhepunkt im Jahreslauf ist die Bärenjagd. Vor diesem wichtigen Ereignis werden erst die bösen Geister gebannt: In wilden ekstatischen Tänzen erschöpfen sich die Zauberer, die Schamanen; bis sie fast leblos zusammenbrechen. Auch der Sieg über den Bären wird in einem religiösen Fest gefeiert. Erst wenn die Männer den Bärenkopf verspeet haben, dürfen die Frauen am Fest teilnehmen. Nach strengem Ritus finden auch die anderen Feiertlichkeiten statt. Der Bräutigam z. B. muß die Braut von ihrem Vater kaufen. Gestickte Hemden, Waffen, Felle bilden den Hauptteil des Kaufpreises. Gültig ist auch die Kinderehe.

Die Ursprünglichkeit und Anmut dieser Barbarie hat etwas Bezwingendes. Im mörderischen Jagdhandwerk scheint jenseits von Gut und Böse zu stehen; sie wirken mehr wie intelligente schöne Raubtiere. Ekel und Abscheu erlaubt uns erst vor einem zivilisierten Publikum, das dieses Schauspiel wie in einer Bühnenschauspiel mit wollüstigem Grauen genießt.

Wie besetzt die tierische Natur sein kann, zeigt in hinreißenden Bildern ein kleiner Film aus dem Programm: „Das Gesicht des Tieres.“ Ipp.

# Preußen-Drama in fünf Akten.

## 1. Akt: Braun besucht Hindenburg.

Die amtliche Verlautbarung sagt darüber:

Hindenburg war freundlich und sagte, er stelle sich mit der Reichsregierung auf den Boden des Leipziger Urteils. Eine einheitliche Reichspolitik (das neue Schlagwort für Vergewaltigung der Länder!) müsse gewahrt werden.

Braun forderte, daß der Reichskommissar sich nur noch in Dinge mischen solle, die der Sicherung von Ruhe und Ordnung dienen.

Papen bescheinigte darauf dem preußischen alten Ministerium, daß die Reichsregierung die persönliche Integrität Brauns und seiner Kollegen nie angezweifelt habe.

Hindenburg hoffte zum Schluß, daß noch „eine Verständigung erzielt werden möge“.

## 2. Akt: Papen verbilligt unterdes die Verwaltung.

Einige der wichtigsten Paragraphen der Verordnung, die der Prälat Lauscher (Zentrum) als den Versuch bezeichnet, aus Preußen „eine große, etwa 45 Millionen Menschen niederen Rechts umfassende Provinz“ zu machen, die „von ostelbischen Junkern verwaltet werde“, drucken wir hier ab:

§ 2.

Es bestehen folgende Fachministerien:

1. Das Ministerium des Innern, 2. das Finanzministerium, 3. das Justizministerium, 4. das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, 5. das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, 6. das Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten.

Das Ministerium für Volkswohlfahrt wird aufgehoben. Aufgaben und Zuständigkeiten des Ministerpräsidenten bleiben unberührt.

§ 3.

(2) Das Ministerium für Handel und Gewerbe erhält die Bezeichnung „Ministerium für Wirtschaft und Arbeit“.

(3) Die im Ministerium für Wirtschaft und Arbeit künftig zu verwaltenden Geschäfte werden in folgenden Abteilungen bearbeitet:

1. Zentralabteilung. — 2. Bergabteilung. — 3. Wirtschaftspolitische Abteilung. — 4. Sozial- und Gewerbeabteilung. — 5. Verkehrsabteilung.

§ 6.

(1) Die Zuständigkeit des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in Enteignungssachen geht auf das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit über.

(2) Die im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung künftig zu verwaltenden Geschäfte werden in folgenden Abteilungen bearbeitet:

1. Zentralabteilung. — 2. Geistliche Abteilung. — 3. Abteilung für Wissenschaft und Kunst. — 4. Abteilung für Unterricht und Erziehung.

§ 10.

Der Fachminister (der Fachminister in Gemeinschaft mit dem Finanzminister) kann Entscheidungen, die nach den für die unmittelbaren Staatsbeamten und Lehrer geltenden Besoldungs- und Versorgungsvorschriften von ihm (von ihm in Gemeinschaft mit dem Finanzminister) zu treffen sind, auf nachgeordnete Behörden übertragen.

§ 13.

(1) Die Verordnung tritt am 1. Dezember 1932 in Kraft.

(2) Mit dem gleichen Tage treten die entgegenstehenden Vorschriften, auch Bestimmungen in Satzungen oder Statuten sowie sonstige Zuständigkeitsregeln außer Kraft.

§ 14.

(1) Die sich aus der Umgebung ergebenden Ueberleitungsarbeiten müssen bis zum 1. Februar 1933 beendet sein.

## 3. Akt: Braun beschwert sich über den Reichskommissar:

„1. Eine Verringerung der Zahl der preußischen Ministerien war von der preußischen Staatsregierung für den August dieses Jahres in Aussicht genommen. An der Ausführung dieser Pläne ist sie durch die Einsetzung des Reichskommissars vom 20. Juli verhindert worden.“

Trotz der Bereitschaft der Staatsregierung zu einer Verständigung über diese Frage haben die Reichsregierung und der Reichskommissar die heutige Verordnung ohne vorherige Fühlungnahme mit der Staatsregierung erlassen.

Die betreffende Nummer der preußischen Gesetzessammlung wurde zur gleichen Zeit ausgedruckt, in der die Unterhaltung zwischen dem Reichskanzler und dem Ministerpräsidenten Braun beim Herrn Reichspräsidenten stattfand. Damit hat die Reichsregierung nach Auffassung der preußischen Staatsregierung nicht nur die vom Staatsgerichtshof ausdrücklich gewünschte loyale Zusammenarbeit mit der Staatsregierung außer Acht gelassen, sondern auch in ein unveräußerliches Hoheitsrecht der preußischen Staatsregierung eingegriffen, nämlich in das früher dem Träger der Krone (!) zustehende Organisationsrecht hinsichtlich der Bestimmung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung ist ein solches Vorgehen des Reichskommissars keinesfalls erforderlich.

2. Der Reichskommissar hat die Verordnung auf Grund der sogenannten Dietramszeller Ermächtigungsvorordnung des Reichspräsidenten vom 24. August 1931 erlassen. Diese Verordnung gibt aber nicht dem Reichskommissar, sondern der Landesregierung das Recht, Notverordnungen zu erlassen. Nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofes ist Landesregierung nur die preußische Staatsregierung. Wie es in den Gründen der Entscheidung wörtlich heißt, kann „an die Stelle der Landesregierung auch vorübergehend kein anderes Organ gesetzt werden“. Es war daher auch aus diesem Grunde unzulässig, die Verordnung auf Grund der Dietramszeller Verordnung, noch dazu mit der Unterschrift „preußisches Staatsministerium“ zu erlassen.“

## 4. Akt: Auch Bayern meldet Enttäuschung.

Amtlich wird mitgeteilt: „Dem Reichspräsidenten von Hindenburg wird folgender Beschluß des bayerischen Gesamtministeriums zur Kenntnis geleitet:

Der Ministerialrat hat sich soeben auf Grund der ihm zugegangenen Mitteilungen mit den Plänen der Reichsregierung wegen der Neugestaltung Preußens befaßt. Nach seiner Überzeugung enthalten die Pläne schwere Eingriffe in die verfassungsmäßige Stellung aller deutschen Länder gegenüber dem Reiche und unter einander. Das Vorgehen der Reichsregierung bildet eine schwere Enttäuschung für alle, die im Vertrauen auf die Erklärungen der Reichsregierung damit gerechnet haben, daß eine Reichsreform nur auf gesetzlichem Wege und nur nach Verhandlungen mit den Ländern eingeleitet werde. Der Ministerrat bittet daher den Herrn Reichspräsidenten, keine Entscheidung zu treffen, bevor nicht mit den übrigen Ländern verhandelt worden ist.“

## 5. Akt: Hindenburg legt Urteile aus.

Auch auf das Protesttelegramm der bayerischen Regierung hin hat der Reichspräsident dem Reichskanzler aufgetragen, der bayerischen Regierung mitzuteilen, daß ihre Beschlüsse von falschen Voraussetzungen ausgingen. Die geplanten Maßnahmen der Reichsregierung hielten sich durchaus innerhalb der Aufgaben, die dem Staatskommissar durch das Urteil des Staatsgerichtshofes zugewiesen worden seien.

Die Reichsregierung ist, wie sie mitteilen läßt, in der Tat der Auffassung, daß der Leipziger Spruch ihre Vollmachten erweitert habe. (Es handelt sich um die Stelle der Urteilsbegründung, wonach der Reichspräsident eingreifen könne, um zwischen Reich und Ländern bestehende Differenzen in der beiderseitigen Politik zu bereinigen und diese Politik auf eine „einheitliche Bahn“ zu bringen.

Selbstverständlich ist eine solche Auslegung hergeholt, denn die Verordnung Hindenburgs zur Einsetzung eines Reichskommissars ist nur als zu Recht bestehend anerkannt worden, weil s. Zt. die Ruhe und Sicherheit in Preußen gefährdet war. Es wurde sogar ausdrücklich festgestellt, daß man von „Ermessensmißbrauch“ bei Hindenburg würde reden können, wenn die Verordnung offensichtlich nicht zum Zwecke der Wiederherstellung der Ruhe und Sicherheit, sondern aus anderen Gründen erlassen worden wäre.

Die juristische Argumentation Otto Brauns (und natürlich auch seine Einwände rein menschlicher Art über die ihm zuteil gewordene Behandlung durch Hindenburg und Papen) halten wir für richtig: Der Reichskommissar hat, wenn er überhaupt eine Spur von Berechtigung hat, so nur die Aufgabe, die Ruhe und Sicherheit wiederherzustellen.

Aber wann endlich wird sich Otto Braun auf die Kräfte besinnen, und an die appellieren, die ihn an die Stelle getragen haben, wo er steht! Ein Sohn des Volkes ist Otto Braun, nicht so sehr des deutschen, als vielmehr des Arbeitervolkes.

Es ist sein Fehler, daß er sich mehr als Deutscher eingerichtet hat, denn als Sohn des Volkes.

Wir glauben nicht sehr an einen Umschwung in der Braunschen Politik. Um so mehr muß man der Arbeiterschaft und ihren nicht ministeriellen Führern zurufen, sich endlich von der Verantwortung für diesen Staat der Junker und Generale auch äußerlich freizumachen. — Wo bleiben die Protestaktionen der Arbeiterschaft? Wo bleiben Kundgebungen, wo gemeinsame Streikaktionen?

Dem allen steht der Wunsch der Arbeiterschaft entgegen, im Wahlkampf dem andern Stimmen abzugeben. Im Augenblick, wo der Gegner nach der Macht greift, greifen die Parteien noch immer nicht zu der einzigen hier möglichen und nötigen Abwehraktion: Der Einheitsfront der Werktätigen — auf ehrlicher und uneigennütziger Basis selbstverständlich. Eine solche Front wird leider sowohl von der KP als auch von der SP sabotiert.

Damit stehen wir wieder bei den Gewerkschaften. Nicht weil sie politisch radikaler wären, aber weil sie die Einheitsfront vorläufig noch verwirklicht haben. Sie zu erhalten, auszubauen, zu kräftigen Aktionen zu befähigen und anzuhalten, ist mit die wichtigste Tagesaufgabe einer konsequenten Arbeiterpolitik.

## Die neue kommissarische Preußenregierung.

Die Ernennungen für die neue kommissarische Preußenregierung werden heute veröffentlicht, nachdem die Urkunden bereits vollzogen worden sind:

Innere: Dr. Braucht, der zum Reichsminister ohne Geschäftsbereich ernannt worden ist,

Finanzen: Dr. Popitz, ebenfalls zum Reichsminister ohne Geschäftsbereich ernannt,

Landwirtschaft: Reichsernährungsminister von Braun,

Wirtschaft und Arbeit: Staatssekretär Ernst, Kultus: Prof. Dr. Kähler-Greifswald, Justiz: Staatssekretär Hölischer.

## Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

**Braunschweig:** Achtung! Gastwirtschaft „Niedersachsen“, Südklink, ist seit einigen Tagen Nazi-Verkehrslokal, das wir selbstverständlich meiden werden. Die angekündigte Versammlung findet jetzt statt: Dienstag, den 1. November, 20.15 Uhr, in der „Lesehalle“, Hintern Brüdern 23. Thema: Fort mit Papen und Schleicher! Gegen Rüstungswahnsinn und Völkerverhetzung! — Redner: Grete Hermann (Berlin).

BRUNO GLUCHOWSKI  
**HOHLEN-KULIS**  
REVOLTE AN DER RUHR (17)  
COPYRIGHT 1932 BY FACKELREITER-VERLAG G.M.B.H., BERLIN W 19

Zwischen 19 Leidensgenossen liegt der Kohlenhauer Jupp Strugalski in einem großen Saal des Krankenhauses. Wenn die Tafel über dem Bett nicht mit seinem Namen, Stand, Alter, Religion und dem Vermerk „verheiratet“ versehen gewesen wäre, hätte niemand den armen Jupp erkennen können. Wie er so in dem weißbezogenen Bett liegt, sieht man von ihm nur den Mund mit dem struppigen Schnurrbart und seine weiße Nasenspitze. Alles andere verschwindet in einem Wust von vielen Metern Gaze und Verbandstoff. Man hat ihm das Bett an der äußersten Wand zugewiesen, damit er die anderen nicht so sehr in ihrer Ruhe stört durch sein Gejammer und Gestöhne. Mit der Ruhe aber ist das eine eigene Sache. Von Menschen mit zerquetschten Brustkästen, gebrochenen Rippen, abgeschlagenen Armen und Beinen kann man nicht verlangen, daß sie die Hausordnung im Kopfe haben. Wie ein Feldlazarett nach einer großen Schlacht sieht dieser Krankensaal aus. Und schwer ist der Kampf, als dessen Opfer diese zwanzig Männer hier liegen. Ein fortwährender Krieg zwischen Mensch und Naturgewalten ist die Arbeit der Kumpels unter Tage. Mal bleibt der Mensch Sieger, dann wieder Kohle und Stein. Daß dieser Kampf in der Grube sich nicht in sanften Formen abspielt, daß er vielmehr ein maßlos heftiger Guerillakrieg ist, davon zeugen diese verbundenen Köpfe und Gliedmaßen, die leer herabbaumelnden Jackenärmel und Hosenbeine. Die Krankenwärter in den langen, braunen Kutten der barmherzigen Brüder haben alle Hände voll zu tun, um nur die nötigste Arbeit zu schaffen, um die Kranken mit Speise und Trank, mit Medizin und Einspritzungen, mit all den kleinen Handreichungen, die ihre Schmerzen lindern sollen zu versehen. Doch ihre düstere Gewandung, ihre ernsten Mienen, in denen man nur zu oft grundlos Abge-

stumpfheit und Gefühllosigkeit zu lesen vor meint, können nicht erheitend auf die Gemüter der Kranken wirken. Die Kumpels, die nicht an das Bett gefesselt sind, unterhalten sich, spielen Karten, lesen, schreiben oder sprechen ihren bettlägerigen Kumpels Trost zu und suchen sie aufzumuntern. Zwanzig verletzte Kumpels in einem Krankensaal, — und auch hier dieselbe Kameradschaft, dieselbe Schicksalsverbundenheit wie unter Tage, in der Grube.

„Wasser — — Wasser“, stöhnt Jupp Strugalski. Sein an einer Krücke durch den Saal humpelnder Bettnachbar hört es, besorgt ihm ein Glas Wasser, setzt es dem Dürstenden an die Lippen, paßt auf, daß er sich nicht verschluckt. Dann setzt er sich neben ihn, faßt seine Hand:

„Na, Kumpel“, fragt er ihn, „geht's jetzt schon etwas besser?“

„Ja, bißchen geht's schon“, erwidert Jupp. „Habe ich viel Krach gemacht?“

„Es geht. Hast nicht schlecht gejammert, gestern und heute nacht. Die Kohle hat dich ja miserabel zugerichtet“, sagt der Einbeinige, mit einem schwachen Versuch zu lächeln. Es ist ein noch sehr junger Mensch mit glattem Gesicht und dunkelblondem, gescheiteltem Haar. Aber in sein Gesicht ist ein Zug von Verbitterung eingegraben, der sich besonders dann noch schärfer ausprägt, wenn er sein linkes Hosenbein betrachtet, das mit einer Sicherheitsnadel unter dem Rumpf zusammengesteckt ist. Sein Bein mußte amputiert werden, denn die Kohlenwagen, zwischen denen es gequetscht war, hatten nur eine blutende, breiartige, von Knochensplintern durchsetzte Fleischmasse davon übriggelassen.

Bei den letzten Worten seines Bettnachbarn richtet Jupp sich mühsam auf, stützt den Oberkörper auf den Ellenbogen.

„Was ist mit mir los, Kumpel? Sag mir die Wahrheit, haben sie mir was weggenommen?“

Seine Nasenspitze reckt er nach vorn, als wollte er mit ihr in das Gesicht des Kumpels sehen, seine Hand klammert sich um die des anderen.

„Sag mir ehrlich, Kumpel, sind meine Knochen noch alle heil, noch alle dran?“

Der Einbeinige beruhigt ihn.

„Ist noch alles da, brauchst keine Angst zu haben.“

„Sagst du mir auch bestimmt die Wahrheit?“

„Würde nicht, aus welchem Grund ich dich beschwindeln sollte.“

„Wenn noch alles da ist, na, dann ist gut“, seufzt Jupp erleichtert, läßt sich in die Kissen zurückfallen. „Du, aber meine Augen. Die brennen, als wenn Höllensein drin ist.“

„Ja, da wirst du wohl ein paar Tage warten müssen, bis du die wieder aufmachen kannst. Der ganze Schuß ist dir ins Gesicht geflogen, hat dein Kumpel gesagt, der gestern hier war. Kein Wunder, daß sie dich da mächtig schmerzen. Aber wird schon besser werden. Nur Geduld, Kumpel!“

„Verfluchter Mist ist das alles. Sehen kann man nischt, liegt hier hilflos wie so'n kleines Kind. Wenn ich wüßte, — — ich sollte blind werden, — — Mensch, Kumpel, ich machte Schluß, hängte mich auf oder würde aus dem Fenster rauspringen. Blind werden, das Schlimmste, was ich mir denken kann. Herrgott nochmal, verrückt kann man werden, wenn man bloß dran denkt. Hat man sich das ganze Leben gequält, hat geschuftet wie ein Hund, — — und nachher soll das das Ende sein?“

Ein Schweigen entsteht.

„Du“, sagt Jupp nach einer Weile, „warum bist du hier?“

„Ich? Warum ich im Krankenhaus bin? Zum Vergnügen bestimmt nicht.“

„Na ja, weiß ich. Ich meine, was dir fehlt?“

„Mir? Nicht viel, — nur ein Bein. Mit dem anderem kann ich jetzt durch Leben hopsen, zum Marschieren lang's nicht mehr. Feine Sache was?“

„Kumpel, muß nicht so sprechen. Mit solchen Sachen macht man kein Spaß. Armer Kerl, du, hast du Frau und Kinder?“

„Ne, wär ein bißchen reichlich früh.“

„Wieso denn? Wie alt bist du denn?“

„Neunzehn Jahre.“

Wie vier schwere Hammerschläge fallen diese vier Silben, Jupp richtet sich auf.

„Neunzehn Jahre — und schon — —“

„Und schon ein Krüppel“, vollendet der Einbeinige den Satz.

(Fortsetzung folgt.)

